

3. Oktober 1990: Imperialistische Wiedervereinigung



Keinem DDR-Bürger wird es schlechter gehen als bisher.
Im Gegenteil, es wird ein Wirtschaftswunder geben und Wohlstand
für alle.

DDR-Minister Reichenbach zum Inkrafttreten des Treuhandgesetzes (1990):

„... was sich gerade in der DDR abspielt, sei der größte Konkurs der Weltgeschichte.“

Was hier diplomatisch klingt, war das grösste Wirtschaftsverbrechen der Weltgeschichte, der grösste Raubzug gegenüber einer anderen Wirtschaft in Friedenszeiten. Rolf Hochhuth, Autor von „Wessis in Weimar“, klagte die Treuhandanstalt an, **„einem Raubzug, wie er in keinem von Hitler überfallenen Land angezettelt wurde“**, beteiligt zu sein. (ND: 23./24.1.93) Dreist wurde von bundesdeutscher Seite gelogen: „Wir hatten einfach nicht die geringste Ahnung, wie es da drüben aussah“, so Claus Köhler, ehemals Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank; niemand wusste also bescheid, die Journalisten nicht und die Industriellen nicht und die Politiker erst recht nicht.

EINE LÜGE! Kein Wort darüber, dass der Anschluss langfristig geplant war. Seit 1949! Verschiedene Gremien, wie der „Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung“ z.B. erforschten, analysierten die Wirtschaft der DDR von Beginn an. Eine Reihe von Konzepten wurde ausgearbeitet, wie der Anschluss geschehen sollte. Im Laufe der Zeit wurden die Pläne immer wieder modifiziert, ihr Grundkonzept bestand aber weiterhin in der Besitzeinnahme der DDR-Volkswirtschaft. Und so wurde fleißig und hingebungsvoll an Konzepten für die Einverleibung der DDR und die vollständige Restauration des Kapitalismus im Osten Deutschlands gearbeitet. Alles wurde in Betracht gezogen. Bis ins kleinste Detail wurden die Anschlusspläne ausgearbeitet. So wurde bereits 1956 erklärt, „die Thüringer Kaliindustrie sollte zurückgefahren werden.“ Wenn das die Kumpels von Bischofferode nur gewusst hätten: ihr „Tod“ war längst geplant.

Kapazitätsbeschränkungen und Stilllegungspläne überwogen in den Forschungsbeiratsplänen eines Anschlusses der DDR. Insgesamt tagten die Gremien des Forschungsbeirats 1513 (!) Mal. Wohl nie in der Geschichte ist der Anschluss eines anderen Landes an das eigene Hoheitsgebiet so intensiv wirtschafts- und sozialpolitisch vorgedacht worden. Selbst ein „Währungskreis“ bestand in der

BRD, der sich mit Fragen einer Währungsumstellung in Ostdeutschland befasste. Er arbeitete auf der Grundlage der Erfahrungen Nazideutschlands. Als ein wichtiges Annexionsinstrument für das NS-Regime war die Währungspolitik, insbesondere eine spezifische Taktik der „Währungsunion“. Hinzu kam die Einrichtung gesamtwirtschaftlicher Agenturen zur möglichst raschen Aneignung, Privatisierung und Übertragung von Sachvermögen. Für den Forschungsbeirat der BRD gab es also genügend Lernmaterialien. Die Abwicklung der DDR verlief also nicht chaotisch und ohne Beispiel in der Geschichte, wie es immer wieder heisst. Übrigens gab es auch eine personelle Kontinuität: Friedrich Ernst, der erste Präsident des Forschungsbeirats, hatte in der ersten Blitzkriegsphase das NS-Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens geleitet (In seinem Buch „Anschließen angleichen abwickeln“, von H. Roth, sind im Dokumententeil westdeutsche Planungen eines DDR-Anschlusses einsehbar. Konkret texte 25) Beim Anschluss Österreichs und der Sudetengebiete in den 30er Jahre an das Deutsche Reich hatte die Demagogie der Versprechungen eine entscheidende Rolle gespielt.

Auch davon wurde gelernt: Kohl: *„Wir werden die Betriebe aus der SED-Bonzenherrschaft befreien und sie in wahres Volkseigentum überführen“* (1990)

Kohl: *„Aber niemandem wird es schlechter gehen als bisher. Im Gegenteil.“*(1990)

Pieroth (CDU): *„Bald spricht man vom goldenen Osten“* (1990)

Ab 1. Juli 1990 - DDR-Pressesprecher Gehler: *„eröffne die D-Mark die Tür zum Paradies“* (1990)

Gies (CDU-Ministerpräsident, Sachsen-Anhalt): *„1994 haben wir in Sachsen-Anhalt Vollbeschäftigung“* (MD-Volksstimme, 29.6.91)

Ministerpräsident Lothar Späth: *„Schenkt den Ostdeutschen doch ihre Wohnungen!“* (Super Illu, 1991)

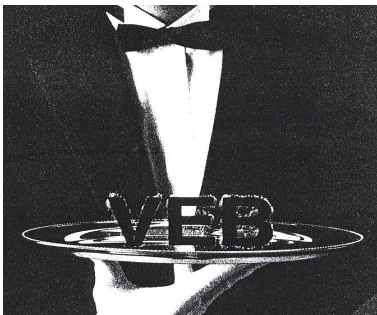
Bilanz der imperialistischen Wiedervereinigung

Grundmittelbestand im produktiven Bereich der Volkswirtschaft (1988) + **1200,0 Milliarden Mark**

1994: Endbilanz der Treuhand wurde aus diesem KAPITALSTOCK: ein Schuldenberg von - **260 Milliarden DM.**

85% dieses ehemaligen „volkseigenen“- oder „staatseigenen“ Produktionsvermögens ging an WESTDEUTSCHE EIGENTÜMER,

10% an AUSLÄNDER und nur Ganze 5% an OSTDEUTSCHE.



Die Währungsunion

Die Währungsunion war eine Rosskur, die keine Wirtschaft aushält Als deren Folge stürzte die ostdeutsche Industrie -Produktion im zweiten Halbjahr 1990 im Vergleich zu 1989 auf 50,3% und 1991 schließlich auf knapp über 30%. **Einen solchen Rückgang hat es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht einmal in Kriegszeiten gegeben.**

Die „Treuhänder“, die in Scharen in die DDR einfielen, kümmerten sich im Auftrag der Bundesregierung darum „Das volkseigene Vermögen zu privatisieren.“ (§ 1, Abs., S. 1 des Treuhandgesetzes) Damit war die Aufgabe der THA in ihr Gegenteil verkehrt: Statt das ihr unterstellte volkseigene Vermögen im Interesse der Allgemeinheit zu verwalten und zu bewahren, wurde die Anstalt bevollmächtigt, es zu verkaufen und in privaten Besitz zu überführen. Eine Entschädigung der bisherigen (formalen) Eigentümer - der Bürgerinnen und Bürger der DDR - wurde im Gesetz nicht vorgesehen.

DDR-Kombinatsdirektoren organisierten die Wiedervereinigung mit



(Wo liegen eigentlich die Grenzen zwischen Privatisierung und Wirtschaftskriminalität? Im Wort „Privatisierung“ steckt das lateinische „privare“, berauben/ und im italienischen bedeutet „privazione“ auch heute noch Beraubung)



Der Bankrotteur und die Konkursverwalterin. G. M. und Birgit Breuel, damals Finanzministerin von Niedersachsen auf der Hannover-Messe im April 1989

Den „treuen Händen“ waren u.a. anvertraut: 8500 Kombinate und Betriebe, 20.000 grosse und kleine Einzelhandelsgeschäfte, 7.500 Betriebe der Gastronomie, 900 Buchläden, 1854 Apotheken, 3,68 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen und 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien. Mit ihrem radikalen Kurs setzte sie einen politischen Auftrag um. So gab der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Dr. Köhler freimütig zu, dass es sich bei der THA um „eine politische Veranstaltung“ handelt. (Bundesdrucksache 12/8404, S.217)

Größter Posten bei der Verschleuderung von Volksvermögen und Steuergeldern ist jedoch die Bilanz der THA. Innerhalb weniger Jahre hat sie es geschafft, den Industriebesitz eines ganzen Landes, einschließlich Immobilien, einen Teil seiner land- und forstwirtschaftlichen Flächen zu verhöckern und dafür in der Summe nichts als Schulden einzunehmen.

Die 100 Treuhanddirektoren gehörten zur Elite der bundesdeutschen Wirtschaft, keiner stammte aus Ostdeutschland. Die Creme de la Creme des deutschen Kapitals hatte das Geschäft der Liquidierung des „Volkseigentums“ in der Industrie und seiner Verwertung nach den eigenen Bedürfnissen in die eigenen Hände genommen. Die Filetstücke rissen sie sich unter den Hagel, den Rest liquidierten sie. Das Kapital war der Gewinner des Anschlusses!

Die Legende vom Aufbau - Aufschwung - Erfolgsstory Ost

Konnten noch im Statistischen Jahrbuch 1990 (Wiesbaden) umfangreiche Angaben über die Wirtschaft der DDR eingesehen werden, war es im darauffolgenden Jahr vorbei. Alle Zahlen, die einen Vergleich der ostdeutschen Wirtschaft vor und nach der staatlichen Vereinigung ermöglichen könnten, sind von 1991 wie von Zauberhand weggewischt, verschwunden. Die Absicht ist klar: Die tatsächliche Ausgangssituation soll verschleiert werden.

Bereits im ersten Halbjahr 1991 war die ostdeutsche Industrieproduktion gegenüber 1989 durch den Crash-Kurs um 67% zurückgegangen, im Maschinenbau betrug der Rückgang sogar 70%, in der Elektrotechnik 75% und in der Feinmechanik 86%. Aus einem Industrieland ist ein Entwicklungsgebiet innerhalb der EU geworden. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung ist niedriger als in jeder anderen Region der EU.

Am 10.3.93 stellte das DIW nüchtern fest: „Ostdeutschland ähnelt Sri Lanka. Die verarbeitende Industrie habe nur noch ein Anteil von 15% am BSP. Damit befinde sich die ostdeutsche Wirtschaft auf dem Niveau ähnlich Sri Lankas.“



Kohl, Schröder, die Bundeswehr, die kleinbürgerliche Opposition der DDR - sie alle streiten darüber wer nun die Wiedervereinigung brachte. Ein Mann wird aber nicht erwähnt: Erich Honecker. Die Machthaber in Bonn/Berlin waren undankbar. Dass ihnen die DDR wie ein überreifer Apfel in den Schoß fiel, haben sie doch Honecker und seinen politbürokratischen Mitspielern zu verdanken. SCHLIESSLICH waren sie es, die die DDR sturmreif regiert haben. Gut, er ist bereits gestorben. Zumindest ein Denkmal sollte er bekommen für seine „Verdienste“ als Mann, der die „Einheit“ in die Wege leitete. Das Politbüro der SED waren es doch, die den Sozialismus so sehr diskreditierten, die Menschen gängelten, bevormundeten das es dann 1989 zu den Ereignissen kommen konnte.

Vom Regen in die Jauche

Gewiss, für ein Teil der Ostdeutschen hat sich persönlich einiges gebessert seit 1990. Sie empfinden den Anschluss als Bereicherung. Für Millionen und aber Millionen aber bedeutet sie das Gegenteil. Die tägliche Unsicherheit, Tristesse und Unzufriedenheit stellen das System zwar in Frage, bilden aber keine Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Änderung. Die Herrschenden reagierten rasch darauf, dass ihre Versprechungen wie Seifenblasen zerplatzten: Sie förderten neofaschistisches Gedankengut. Von den tatsächlichen Ursachen der Misere sollen die Neonazis ablenken, die Unzufriedenheit gegen Minderheiten, Ausländerinnen, Arbeitslose, Kranke, Rentner usw. lenken. Das Kapital, die Banken, das mörderische Profitsystem soll so aus dem Blickwinkel der Unzufriedenheit gedrängt werden.

Betrachten wir einmal die 1989-Forderungen in der DDR und deren Einlösen, ist auch hier das Ergebnis VERNICHTEND. Weder wurden Privilegien beseitigt, noch herrscht heute Gerechtigkeit. Der MILITARISMUS ist im Aufwind. Geheimdienste schnüffeln, spitzeln und überwachen weiterhin. Pressefreiheit, sie herrscht nur für einige wenige Besitzer dieser Medien. Das Volk darf alle paar Jahre sein Kreuz machen. Den Zettel falten. Das war's. Das Volk braucht nicht gefragt zu werden. In der bundesdeutschen „Stellvertreterdemokratie“ wurde von ANFANG AN niemals das Volk in wichtigen Entscheidungen miteinbezogen. Ob es nun das Grundgesetz war, die Wiederbewaffnung, die Mitgliedschaft in der NATO, Militäreinsätze (Kosova, Afghanistan) usw. Selbst zur viel gepriesenen Einheit gab es keine Volksabstimmung. (Ganz zu schweigen zum Euro)

Vertreter der kleinbürgerlichen DDR-Opposition mussten zugeben: WIR WOLLTEN Demokratie - und bekamen nur die BRD. Die bürgerliche Demokratie, wie sie in der BRD praktiziert wird, kann nur als verlängerter Arm der Banken, der Monopole agieren und muss deren Interessen vertreten. Da stört das Volk!

3. Oktober

**ES GIBT NICHTS ZU FEIERN - ABER VIELE GRÜNDE ZU KÄMPFEN!
GEGEN DIE KOALITION DER LOHN-, ZEIT- UND SOZIALRÄUBER!**

Bereits im Januar 1990 wiesen die Kommunistinnen und Kommunisten daraufhin, was ein imperialistischer Anschluss für die Bevölkerung in der noch existierenden DDR bringen würde und welche Auswirkungen in Westdeutschland zu erwarten wären: *„Die Werktätigen in der DDR dürfen von der BRD keine Rettung, keine Lösung ihrer Probleme erwarten. Die BRD ist ein Land, in dem eingestandenermaßen jeder 10. arm ist. Die Kommunisten sind für die Wiedervereinigung, aber nur dann, wenn in ganz Deutschland die Arbeiterklasse herrscht. Unter den heutigen Bedingungen würde „Wiedervereinigung“ bedeuten, dass die westdeutschen Monopole die DDR schlucken. Und das würde für die Werktätigen in ganz Deutschland katastrophale Folgen haben: Die westdeutschen Monopole würde mit der DDR verfahren wie*

ein Konkursverwalter: Sie würden sie ausschlachten. Einige wenige Produktionseinheiten, die für sie lukrativ sind, würden sie übernehmen, dort rationalisieren und die Ausbeutung steigern. Der Rest würde faktisch liquidiert. Und zwar durchaus auch mit hochmoderne Anlagen, wenn die westdeutschen Monopole die entsprechende Produktion aus irgendwelchen Gründen im Westen durchführen wollen.“ (R M, 1/1990)

Kommunisten gründeten 1968 in Hamburg und 1975/76 illegal in der DDR die KPD/ Marxisten-Leninisten.

Von Anfang an kämpften sie für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland



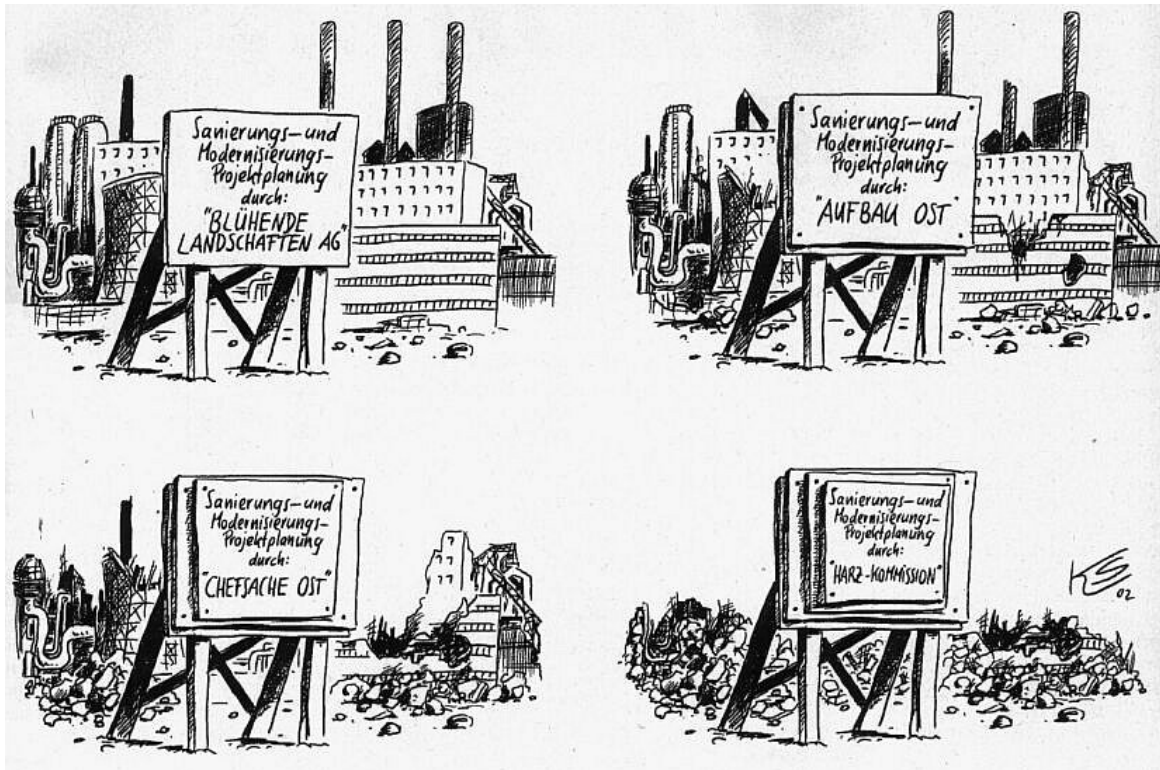
Der Beitritt der DDR

Die DDR: Einst war dieser Staat angetreten eine Alternative zu sein zur kapitalistischen BRD. Spätestens seit dem Bau der Mauer war es damit aber Schluss; Revisionisten hatten das Sagen in der SED. Diese Leute wollten auf ewig herrschen. Diese SED-Bonzen führten das Land letztendlich in die Arme des BRD-Imperialismus. Ihr Verrat am Sozialismus wurde gekrönt mit der Behauptung, die DDR sei eine eigene Nation. Die Revision all dessen was die SED Anfang der 50er einst als Ziel hatte - **ein vereintes sozialistisches Deutschland** - führte dazu Konfusion und Verwirrung über die Aufgaben und Ziele einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft auf die Spitze zu treiben. Parallel dazu wurde der Überwachungsapparat (Stasi) ausgebaut.

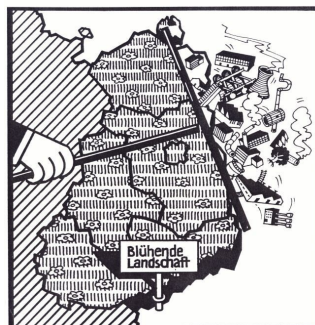
Die Krise in der DDR erreichte Ende der 80er Jahre ihren Höhepunkt. Der Beitritt der DDR, eingefädelt durch die alten und neuen SED-Bonzen, die sich fortan PDS nannten, gemeinsam mit den sowjetischen Sozialimperialisten (Sozialisten in Worte, Imperialisten der Tat) gipfelte in dem Programm Modrows „**Deutschland einig Vaterland**“.

Damit war der Weg frei für das was 1990 DDR Minister Reichenbach zum Inkrafttreten des Treuhandgesetzes sagte: „... was sich gerade in der DDR abspielt, sei der größte Konkurs der Weltgeschichte.“

Heute ist der Osten der BRD das was in Italien Sizilien ist. Das Wirtschaftswunder Ost: Es war eine der großen Lügen, um ein Plattmachen des Landes zu vertuschen.



„Aber der Sozialismus funktioniert doch nicht“, hören wir immer wieder. Und tatsächlich haben wir eine Niederlage erlitten. Die zweite, nachdem bereits Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts die revolutionäre Sozialdemokratie zu einer reformistischen, prokapitalistischen und systemerhaltenden Kraft degenerierte. Eine Reihe von Staaten begann nach 1917 mit dem Aufbau des Sozialismus. Sie bewiesen, dass auch die Werktätigen eine Staat leiten und lenken können, dass sie große Erfolge aufweisen. Sozialismus ist die erste Phase der klassenlosen, der kommunistischen Gesellschaft. In ihr sind Elemente des Neuen enthalten, aber auch noch die des Alten, der kapitalistischen Gesellschaft. Aufgabe ist es diese zurückzudrängen und die kommunistischen zu fördern. Fällt aber diese Entwicklung, dann kann nicht mehr vom Sozialismus gesprochen werden. Und dies geschah in den meisten Staaten mit sozialistischem Anspruch in den 50iger Jahren. Diese Entwicklung zu einer Übergangsgesellschaft - weder klassisch sozialistisch noch kapitalistisch - hatte verheerende Auswirkungen.



Die Sowjetunion begann eine sozialimperialistische Politik (sozialistisch in Worte, imperialistisch in der Tat)

Sie degradierte die einstigen Volksdemokratien zu Vasallen, mischte sich in die Innenpolitik ein und bewirkte einen revisionistisch-konterrevolutionären Kurs. Seit Anfang der 60er Jahre gab es keine sozialistischen Staaten mehr. Mit einer Ausnahme: Das Albanien Enver Hoxhas widersetzte sich dieser Entartung bis Mitte der 80er Jahre. In diesem kleinen Land wurden alle Hebel und Mittel in Bewegung gesetzt den Sozialismus zu verteidigen. Erst Mitte der 80er Jahre änderte sich die Politik der Führung und das Land machte im Schnelldurchlauf die restaurative, revisionistische Entwicklung mit...



Das Albanien Enver Hoxhas im Kampf gegen die modernen Revisionisten

Die anderen revisionistischen Staaten gingen Ende der 80er Jahre vor allem an ihren inneren Widersprüchen zugrunde. Die revisionistische Ökonomie förderte die Illusion, die Probleme und die Krise durch die Einführung von offen kapitalistischen Elementen zu beseitigen. Die Geister, die sie riefen, wurden sie nicht mehr los: Es kam der Zusammenbruch und die vollständige kapitalistische Restauration.



Die Sowjetrevisionisten verankern Mitte der 80iger Jahre per Gesetz die Formen des Übergangs zum klassischen Kapitalismus (Perestroika)

Die revisionistischen Staaten kamen vom Regen in die Jauche!

Der Kapitalismus hat historisch nicht in einem Anlauf gegenüber dem Feudalismus gesiegt. Dieser Kampf dauerte mehrere Hundert Jahre. Immer wieder bezwangen die Vertreter des Feudalismus die Bourgeoisie. In den Jahren 1848/49 war in allen Ländern Europas ein Kampf gegen die bürgerlich-demokratische Revolution entbrannt, an deren Stelle dann die feudale Reaktion trat. Letztendlich setzte sich der Bourgeoisestaat aber durch. Eine Klassengesellschaft löste eine andere ab. Wie viel schwieriger ist es eine Gesellschaft zu erreichen, ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft wird/kann nicht in einem Anlauf errichtet werden. Ihre positiven Erfahrungen müssen ausgeweitet werden, aber auch ihre restaurativen, rückwärtsgewandten Tendenzen (Entartung).

Im Kommunismus werden die Produzenten die Produktion bewusst planen und leiten, ohne Ware-Geld-Beziehungen und ohne Staat. Die Produktion erfolgt aufgrund der Bedürfnisse der Menschen und nicht nach den Profitzwängen. Mit der Abschaffung des Staates wird auch die bewußteste

Kraft, die diese Entwicklung leitet, die Kommunistische Partei, aufgelöst. In dieser ersten kommunistischen Phase, den Sozialismus, **werden die Grundlagen einer klassenlosen Gesellschaft gelegt**. Aus den Erfahrungen der Entartung ehemaliger sozialistischer Staaten muss gelernt werden. Z.B. das ein Betriebsdirektor / Minister / Wissenschaftler usw. jährlich für eine bestimmte Zeit in der Produktion arbeiten muss. Die Lohn/Einkommensunterschiede müssen schrittweise angeglichen werden. Facharbeiterlohn für leitende Kader sollte selbstverständlich sein. Für die bewußtesten Kräfte der Gesellschaft wird es keine Privilegien geben, sie müssen ihre Rolle als Voraustrupp erkämpfen und nicht per Gesetz. Bürokratismus - die gefährliche restaurative Erscheinung - muss bekämpft werden. Ebenso gehören Kritik und Selbstkritik zu den wichtigsten Methoden um die Gesellschaft voranzubringen. Das offene Eingestehen von Fehlern, muss zur Selbstverständlichkeit der leitenden Kräfte im Sozialismus werden.

Der Kommunismus aber kann nur über den Sozialismus erreicht werden

Der Sozialismus ist nach zwei Seiten hin offen: Sowohl nach vorne (zum Kommunismus) als auch zurück (zum Kapitalismus). In welche Richtung sich eine konkrete sozialistische Gesellschaft bewegt, das hängt von den darin handelnden Menschen ab. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers ist eine Tragödie für die internationale Arbeiterbewegung, ein großer Rückschlag innerhalb der Zickzack-Bewegung der Weltgeschichte. Doch dieser Rückschlag kann für die Zukunft fruchtbringend genutzt werden, wenn es gelingt, aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen die objektiven Bewegungsgesetze des Sozialismus besser zu erforschen, um derartige Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden.

(Das ist im übrigen völlig unvereinbar mit jeglichem Basteln an irgendwelchen „Sozialismus-Modellen“, („echter“, „wahrer“, „realer“ Sozialismus usw.) an schönen Utopien, an die man dann glauben kann wie an eine Religion. Derartige Phantastereien sind dem von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus zutiefst fremd. Marx lehnte es entschieden ab, „Rezepte für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“ (Marx, Das Kapital, Band 1).

Der Prozess des Übergangs des Sozialismus zu der Gesellschaft, die wir als Revisionismus bezeichnen war keineswegs **in erster Linie** das Ergebnis von subjektivem Verrat einzelner kommunistischer Führer. Gewiss, es gab diesen Verrat: Chruschtschow, Ulbricht, Honecker und andere waren Verräter an der Arbeiterklasse. Doch diese Feststellung allein erklärt nichts. Warum konnten sie sich denn durchsetzen und den Sozialismus beseitigen? Warum wurden solche Charaktere überhaupt hervorgebracht? Leute wie Chruschtschow und Breschnew waren ja Produkte der sozialistischen Gesellschaft!

Der Sozialismus ist die erste Phase des Kommunismus, in der der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus noch nicht entschieden ist, in der die Entwicklung zu beidem möglich ist. Der Revisionismus ist eine Ordnung, die gesetzmäßig in den Kapitalismus hinüberwächst. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern, wäre die erneute Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat, doch sind die subjektiven Bedingungen für die proletarische Revolution schlechter als im Kapitalismus: Da der Revisionismus nicht auf dem Wege einer bewaffneten Konterrevolution gesiegt hat, sondern auf dem Wege der allmählichen Entartung des Sozialismus, werden seine Fäulnis- und Zersetzungserscheinungen von der Masse der Werktätigen irrtümlich als Fäulnis und Zersetzungserscheinungen des Sozialismus aufgefasst. Vielen erscheint daher der Kapitalismus als Fortschritt. Dieser Übergang zum klassischen Kapitalismus - die so genannte „Wende“ - bedeutet aber auch, dass der Arbeiterklasse die Reste einiger sozialer Errungenschaften, die als leere Hülle des früheren Sozialismus verblieben sind, genommen werden (**z.B. Kündigungsschutz, geringere Arbeitshetze, gesellschaftliche Einrichtungen, Mutterschutz, Kinderkrippen etc.**).

Um einer Entartung des Sozialismus vorzubeugen, muss darüber Klarheit herrschen, wie es dazu kommen kann. Die Kommunistische Partei muss sich von Anfang an bemühen die Werktätigen zur Leitung auf allen Ebenen heranziehen, die Staatstätigkeit in der Ausrichtung auf die allseitige Förderung und Entfaltung der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder ausrichten.

Die revisionistischen Führer der SED wie Ulbricht, Honecker usw. freilich wollten diesen Weg von Anfang an nicht beschreiten. Sie konnten sich keine Zukunft vorstellen und wollten keine Zukunft, in der nicht alle gesellschaftlichen Entscheidungen in ihren Händen monopolisiert sein sollten. Auf dieser Grundlage war das Verfaulen des Staats- und Gesellschaftssystems in der DDR gesetzmäßig.

Wir haben kein Patentrezept gefunden, welchen Weg eine sozialistische Gesellschaft nimmt, dieser wird durch den Klassenkampf entschieden. Erst im Kommunismus werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. „Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“ (Engels, Anti-Dühring)

Im Revisionismus herrscht zum ersten Mal in der Geschichte eine Ausbeuterklasse, die aus der Spitze einer Schicht von Spezialisten für Kopfarbeit hervorgegangen ist. Daher die Besonderheit, sozusagen die intellektuelle Note, im Warenfetischismus dieser Gesellschaft.

Honecker rechtfertigte 1979 die enormen Privilegien der neuen Ausbeuterklasse wie folgt: „Wer der Gesellschaft durch seine Arbeit mehr gibt und ein höheres Einkommen erhält, soll sich dafür auch etwas kaufen können.“

Der Bürokratismus ist eine der gefährlichsten Erscheinungen im Sozialismus und im Revisionismus beherrscht er alle Lebensbereiche. Lenin hatte bereits 1919 erklärt: „Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen, ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird.“ (LW 29)



Die Werktätigen müssen im Sozialismus den Bürokratismus bekämpfen, um eine Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern

Die **Entstehung einer neuen Ausbeuterklasse im Sozialismus** wurzelt unter anderem im Bürokratismus, in der noch bestehenden Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Für die bewußtesten Kräfte, die ihre Rolle als Vortrupp täglich neu erkämpfen müssen, bedeutet es gegen die Bürokratie anzukämpfen. Die Kaderrotation ist ein Mittel der direkten Teilnahme der Kader an und in der Produktion. Ob Minister, Produktionsleiter, Wissenschaftler usw., sie müssen sich der Kontrolle der Massen unterstellen und vor den Werktätigen Rechenschaft ablegen. Ihre Erziehung bedeutet, dass sie zusammen mit den Werktätigen arbeiten, dass sie schuften und schwitzen wie die Klasse.

Die moralischen Anreize im Prozess des sozialistischen Aufbaus werden immer größeres Gewicht gegenüber den materiellen Anreizen gewinnen. Die Lohnunterschiede werden schrittweise gesenkt. Die Werktätigen sind im Sozialismus verantwortlich, aber nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Eigentümerstellung real auszuüben und von ihrer Vorhutpartei sowie ihrer Staatsmacht dazu befähigt und herangezogen werden. Andernfalls erscheint ihnen das Produktionsergebnis ihres Betriebs, für das sie materiell und moralisch verantwortlich gemacht werden, als eine über ihnen stehende Macht. „Ein Land indem die Werktätigen Angst haben ihre Meinung offen zu sagen ist kein sozialistisches Land“, so der albanische Kommunist Enver Hoxha. Kritik und Selbstkritik sind im Sozialismus unentbehrlich, um Fehler zu vermeiden, zu korrigieren; aber auch um die Werktätigen in die Lage zu versetzen die Gesellschaft als ihre zu begreifen



Am 3. Oktober 1990 kam es zum Beitritt der DDR zur DBR. Vorangegangen war eine Massenbewegung gegen das revisionistische Honeckerregime. Der Sturz wurde von den breiten Massen getragen. Der Wunsch nach grundlegenden gesellschaftlichen Änderungen wurde durch diese imperialistische Wiedervereinigung aber in eine reaktionäre Richtung getrieben. Dieses neue, vereinte Großdeutschland ist ein imperialistischer Staat in dem das Finanz- und Monopolkapital herrscht.

**Für die Werktätigen ist heute ein sozialistisches Deutschland eine Notwendigkeit!
Für eine sozialistische Revolution – Für den Kommunismus!**

